

N i e d e r s c h r i f t

RAT/VII/38

Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Rosendahl am 06.11.2008 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Bürgermeister

Niehues, Franz-Josef

Die Ratsmitglieder

Barenbrügge, Theodor
Branse, Martin
Everding, Clara
Fedder, Ralf
Fliß, Thomas
Haßler, Christa
Hemker, Leo
Henken, Theodor
Isfort, Mechthild
Kuhl, Horst

anwesend bis einschl. TOP
3 ö.S.

Löchtefeld, Klaus

anwesend bis einschl. TOP
3 ö.S

Mensing, Hartwig
Newman, Claudia
Niehues, Hubert
Reints, Hermann
Riermann, Günter
Rottmann, Josef
Schenk, Klaus
Schröer, Martin
Schulze Baek, Franz-Josef
Söller, Hubert
Steindorf, Ralf
Tendahl, Ludgerus
Weber, Winfried
Wünnemann, Werner

anwesend bis einschl. TOP
2 ö.S

Von der Verwaltung

Gottheil, Erich
Wellner, Norbert
Roters, Dorothea

Allgemeiner Vertreter
Fachbereichsleiter
Schriftführerin

Als vortragender Gast zu TOP 2 ö.S.

Enting, Hans-Jürgen

Rektor der Droste-Hülshoff-

anwesend bis einschl. TOP

Hauptschule Rosendahl 2 ö.S.

Als Gast zu TOP 4 ö.S.

Lang, Carsten

Büro Wolters Partner

anwesend bis einschl. TOP
4 ö.S.

Es fehlten entschuldigt:

Die Ratsmitglieder

Neumann, Michael

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

22:45 Uhr

Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte zunächst die Ratsmitglieder, die erschienenen Zuhörer sowie den Vertreter der Allgemeinen Zeitung Coesfeld, Herrn Wittenberg und die Vertreterin der Münsterland-Zeitung, Frau Lüttich-Gür.

Er stellte fest, dass mit Einladung vom 28. Oktober 2008 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Rat beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Auf Nachfrage von Fraktionsvorsitzenden Mensing wies er darauf hin, dass ein Nachtrag zur Einladung erstellt worden sei, der zur Aufnahme des Tagesordnungspunktes 4 der öffentlichen Sitzung geführt habe. Eine entsprechende Erläuterung kündigte er im Zusammenhang mit der Beratung des betreffenden Tagesordnungspunktes an.

Außerdem wies er darauf hin, dass der ursprünglich für die Sitzung zu beratende Tagesordnungspunkt zum Abschluss einer "Vereinbarung zur Kooperation beim Aufbau einer schnellen Glasfaserinfrastruktur im Bereich des Kreises Coesfeld" im Rahmen des Projektes "Masterplan Breitband 3N" erst in der nächsten Sitzung des Rates behandelt werden könne, da in Rücksprache mit den Bürgermeisterkollegen der Städte und Gemeinden im Kreis Coesfeld noch Klärungsbedarf hinsichtlich rechtlicher Fragen bestünde. Zu diesem Thema sei seitens des Kreises Coesfeld ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben worden, dessen Ergebnis erst abzuwarten sei.

1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ratssitzungen

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung des Rates gefassten Beschlüsse. Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2 Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Gemeinde Rosendahl für den Planungszeitraum 2008 - 2012 zur Errichtung einer Verbundschule Legden Rosendahl zum Schuljahresbeginn 2009/2010; hier: Beratung über das Ergebnis der Beteiligung der benachbarten Schulträger gemäß § 80 Schulgesetz NRW und Festlegung der weiteren Vorgehensweise Vorlage: VII/734

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage und teilte das Ergebnis der Sitzung des Rates der Gemeinde Legden vom 03.11.2008 mit. Eine Kopie des Legdener Ratsbeschlusses zur Errichtung einer Verbundschule Legden Rosendahl wurde den Ratsmitgliedern zur Information vorgelegt.

Dann begrüßte er als vortragenden Gast Herrn Rektor Hans-Jürgen Enting, der das pädagogische Konzept der geplanten Verbundschule anhand einer Power-Point-Präsentation vorstellte. Einleitend wies Herr Enting darauf hin, dass es sich um ein gemeinsam erarbeitetes Konzept beider Schulleitungen in Legden und Rosendahl handele, das von den Lehrerkollegien und den Schulpflegschaften beider Schulen mitgetragen werde. Die entsprechende Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage**

I beigefügt.

Anschließend verlas Bürgermeister Niehues den am 03.11.2008 vom Rat der Gemeinde Legden gefassten Ratsbeschluss, der vom vorliegenden Beschlussvorschlag des Schul- und Bildungsausschuss insofern abweiche, als er die Einrichtung der 10. Realschulklassen am Standort Legden vorsähe. Er habe für die Haltung der Gemeinde Legden zwar Verständnis, da auf diese Weise der Schulstandort Legden gestärkt werde, äußerte aber seine Bedenken, ob dieses neue Modell die notwendige Akzeptanz der Eltern fände.

Daraufhin gab Ratsmitglied Kuhl für die CDU-Fraktion eine Stellungnahme ab, wonach die Beibehaltung des ursprünglichen vertikalen Modells angestrebt werde. Dieses Modell fände nicht nur voraussichtlich eine größere Akzeptanz bei den betroffenen Eltern, sondern sei auch pädagogisch sinnvoller. Seine Fraktion befürchte, dass die Anmeldezahlen auf der Grundlage des von Legden favorisierten Modells für die Errichtung einer Verbundschule nicht ausreichen werde. Er plädierte dafür, dass die Gemeinde Legden umgestimmt werden solle, den gefassten Ratsbeschluss noch vor dem Elterninformationsabend am 18. November 2008 zu revidieren.

Ratsmitglied Haßler schloss sich den Ausführungen an und brachte zum Ausdruck, dass es im Falle der Errichtung der Verbundschule nicht um eine Prestigefrage, sondern um das Wohl der betroffenen Kinder gehen müsse. Auf ihre Nachfrage, ob dem Rat der Gemeinde Legden das von Herrn Enting vorgestellte Konzept bekannt sei, verneinte Herr Enting dieses.

Fraktionsvorsitzender Weber kritisierte, dass an dem Sondierungsgespräch im Düsseldorf-Schulministerium nur die Legdener und Rosendahler Vertreter aus der CDU-Fraktion in Begleitung der beiden Bürgermeister aufgetreten seien. Außerdem läge mit dem Legdener Ratsbeschluss zunächst nur eine Diskussionsgrundlage vor. Hätte der Rat der Gemeinde Legden die überzeugenden Ausführungen von Herrn Enting gehört, wäre deren Entscheidung möglicherweise anders ausgefallen. Er gehe davon aus, dass die Rückführung der 10. Realschulklassen nach Legden keine Zustimmung bei der Elternschaft finden werde. Seine Fraktion sei der Auffassung, dass die Eltern informiert und dann nach ihrem Willen befragt werden sollten, um auf diesem Wege ein klares Votum zu erhalten.

Fraktionsvorsitzender Branse sprach sich ebenfalls für eine Befragung der Eltern aus. Diese Befragung habe seine Fraktion schon vom Anbeginn der Planungen gefordert. Nun würde die Zeit immer begrenzter. Die eigentliche Initiative müsse nunmehr von Legden ausgehen. Im Rosendahler Rat könne dagegen in dieser Sache ein Konsens aller Fraktionen festgestellt werden.

Ratsmitglied Wünnemann wies darauf hin, dass er bei der betreffenden Ratssitzung in Legden anwesend gewesen sei. Viele Eltern hätten ihren Unmut geäußert, nicht befragt worden zu sein.

Fraktionsvorsitzender Mensing erklärte, dass er den Zeitpunkt für eine Befragung der Eltern für verpasst halte. Nun sei die Situation verfahren und die beteiligten Partner zerstritten. Angesichts der Tatsache, dass das Eckpunktepapier zur Gründung des gemeinsamen Zweckverbandes noch ausgehandelt werden müsse, bedauere er die anscheinend vorhandenen Kommunikationsprobleme.

Fraktionsvorsitzender Steindorf wies noch einmal darauf hin, dass die Errichtung einer Verbundschule keine Frage der Parteipolitik sei. Mittelfristig sei die einzige Alternative der Schulstandortverlust, der dann beide Gemeinden träfe. Da kein anderes Konzept mehr in Sicht sei, halte seine Fraktion an dem Beschlussvorschlag

fest. Was die Gespräche im Schulministerium angehe, seien alle Fraktionen darüber und über die Ergebnisse informiert worden.

Fraktionsvorsitzender Weber erklärte, dass nicht die Errichtung einer Verbundschule Legden Rosendahl, sondern auch allein der Elternwille den Bestand einer Schule im Umfeld gefährden könne, wenn beispielweise Darfelder Realschüler anstelle der Billerbecker Realschule den Besuch des Realschulzweiges der Verbundschule vorzögen.

Hierauf wandte Bürgermeister Niehues ein, dass erst die Anmeldezahlen der Schulen vorliegen müssten, bevor eine Genehmigung zur Errichtung einer Verbundschule Legden Rosendahl aus Düsseldorf erteilt werden könne. Sollten die Eltern wie von Herrn Weber beschrieben verfahren, könne eine Genehmigung versagt werden.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erinnerte daran, dass für eine Elternbefragung erst ein Realisierungskonzept und auch das pädagogische Konzept hätten erarbeitet werden müssen, damit den Eltern deutlich wäre, worüber sie letztlich abstimmen könnten.

Ratsmitglied Schulze Baek erklärte, dass der Handlungsspielraum für alle Beteiligten sehr gering sei. Grundsätzlich bliebe eigentlich nur noch das vorliegende Konzept als realisierbar übrig, so dass eine Elternbefragung nur noch eingeschränkt möglich sei. Die Verlagerung der 10. Realschulklassen nach Legden halte er für keine tragbare Alternative.

Fraktionsvorsitzender Mensing gab zu bedenken, dass sich die Legdener Eltern als Ergebnis der Befragung nichts von Rosendahler Eltern vorschreiben lassen würden. Der Beschlussvorschlag sei so in Ordnung, aber er würde in der Sache nicht weiterführen, zumal auch zukünftig die Gesprächsbereitschaft der Legdener Partner erforderlich sei.

Bürgermeister Niehues betonte, dass die Verbundschule auch weiterhin realisierbar sei, hierfür müsse aber zunächst das Votum der Eltern abgefragt werden, damit man beim Anmeldeverfahren keine Überraschung erlebe. Er schlage daher vor, nach dem Informationsabend für die Legdener und Rosendahler Eltern, die am 18. November stattfände, die konkrete Elternbefragung durchzuführen. Dabei sollten beide Modelle zur Auswahl stehen - mit und ohne 10. Realschulklassen in Legden -, so dass der Elternwille bekannt werde. Anschließend sei es Sache der jeweiligen Gemeinderäte von Legden und Rosendahl, ob sie dem Elternvotum folgten oder nicht.

Fraktionsvorsitzender Branse erinnerte daran, dass auch Darfelder Schülerinnen und Schüler die Verbundschule besuchen könnten. Für die Darfelder und Holtwicker Kinder würde sich an der Tatsache, dass sie zur Schule befördert werden müssten, nichts ändern. Für Osterwicker Kinder wäre zwar eine Beschulung in der 5. und 6. Klasse nicht mehr möglich, dafür hätten sie aber den Vorteil, einen Realschulzweig am Ort vorzufinden. Letztlich würden alle bei diesem Modell gewinnen. Er gehe davon aus, dass die Eltern in der Befragung mehr Wert auf die Qualität der Schule und das gute pädagogische Konzept legen werden, als auf den Standort der Schule.

Fraktionsvorsitzender Weber erklärte, dass er sich mit dem Vorschlag des Bürgermeisters zur Vorgehensweise einverstanden erklären könne, eine Beschlussfassung im Rat aber zurückstellen wolle.

Ratsmitglied Kuhl wies darauf hin, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine Beschlussfassung notwendig sei, um das Beteiligungsverfahren mit den betreffenden Kommunen noch fristgerecht durchführen zu können.

Bürgermeister Niehues bestätigte dies und wies darauf hin, dass dann zwei voneinander abweichende Ratsbeschlüsse der beteiligten Kommunen vorlägen, über die im Rahmen der Elternbefragung dann abgestimmt werde. Er hoffe, dass die Kommune, die beim Elternvotum unterläge, sich dann bewege. Er erklärte weiterhin, dass heute noch kein abschließender Ratsbeschluss über die Errichtung der Verbundschule gefasst werde, sondern nur ein Absichtsbeschluss. Der eigentliche Errichtungsbeschluss müsse im Dezember gefasst werden.

Ratsmitglied Schröer erklärte, dass er keine Kompromisslösung mit Rücksicht auf den Legdener Ratsbeschluss befürworte. Sachliche Gesichtspunkte ließen das von Rosendahl favorisierte Modell als das bessere erkennen. Er gehe davon aus, dass dieses in der Elternbefragung bestätigt werde.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass sich der Rat der Gemeinde Legden mit der Entscheidung schwertäte und das Elternvotum zur Entscheidungsfindung wesentlich beitragen könne.

Ratsmitglied Newman appellierte an den Rat, sich diplomatisch zu verhalten und noch keinen Beschluss zu fassen, um die Fronten nicht zu verhärten, zumal auch zukünftig noch Gesprächsbereitschaft notwendig sei. Sie ginge im Übrigen davon aus, dass sich der Rat der Gemeinde Legden dem Elternwillen nicht verschließen werde.

Bürgermeister Niehues erklärte erneut, dass heute ein Beschluss gefasst werden müsse, da ansonsten das Beteiligungsverfahren – insbesondere hinsichtlich Coesfeld und Billerbeck – nicht mehr durchgeführt werden könne.

Ratsmitglied Riermann sprach sich ebenfalls dafür aus, „die Tür nicht vor der Gemeinde Legden zuzuschlagen“.

Ratsmitglied Schulze Baek erklärte, dass er einem Beschluss, der eine Beschulung der 10. Realschulklassen in Legden vorsähe, nicht zustimmen werde. Für das Beteiligungsverfahren sei aber ein konkreter Beschluss notwendig.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass die Gemeinde Rosendahl mit beiden Beschlüssen – des Rosendahler und des Legdener Rates – in das Beteiligungsverfahren gehen werde .

Ratsmitglied Everding und Fraktionsvorsitzender Steindorf sprachen sich für eine Abstimmung aus.

Ratsmitglied Söller erklärte, dass er der Auffassung sei, dass die 10. Realschulklassen in Legden den Bestand einer anderen Schule nicht gefährden könne und er eine Diskussion hierüber somit für überflüssig halte.

Bürgermeister Niehues widersprach dieser Auffassung, da er davon ausgehe, dass der Standort der 10. Realschulklassen schon Auswirkungen haben könne.

Ratsmitglied Haßler erklärte, dass es keine Frage der Wertigkeit sei, ob man die 5. und 6. Jahrgänge vor Ort vorhalte oder die 7. bis 10. Jahrgänge. Hier ginge es nicht um Quantität nach dem Motto „mehr oder weniger Schule“, sondern um Qualität des Unterrichts und hierin läge auch eine ungeheure Chance für alle Beteiligten.

Auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden Mensing teilte Bürgermeister Niehues mit, dass er heute noch mit Herrn Bürgermeister Kleweken telefoniert und ihm mitgeteilt habe, dass es in Rosendahl wohl auf eine Elternbefragung hinauslaufe.

Ratsmitglied Löchترفeld wies darauf hin, dass es wichtig sei zu wissen, was bei der Elternbefragung genau abgefragt werde.

Ratsmitglied Schröder ergänzte, dass das Ergebnis einer Umfrage oft von der Art der Fragestellung abhänge und fragte, wer für die Formulierung der Fragen zuständig sei.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass der Fragebogen in Abstimmung mit der Gemeinde Legden erstellt werde und den Fraktionsvorsitzenden vorher zugeleitet werde.

Ratsmitglied Fliß erkundigte sich, ob auch die Darfelder Eltern befragt würden.

Bürgermeister Niehues sagte dieses zu.

Anschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

1. An der geplanten Errichtung der Verbundschule Legden Rosendahl zum Schuljahresbeginn 2009/10 wird festgehalten. Um die von den Städten Billerbeck und Coesfeld erhobenen Bedenken auszuräumen, wird die Verbundschule so gestaltet, dass am Standort Legden alle Haupt- und Realschüler der Jahrgangsstufen 5 und 6 (Orientierungsstufe) und am Standort Rosendahl-Osterwick alle Haupt- und Realschüler der Jahrgangsstufen 7 bis 10 unterrichtet werden. Der Entwurf des Schulentwicklungsplanes mit den vorliegenden Raumkonzepten für die Standorte Legden und Rosendahl ist entsprechend zu ändern.
2. Zudem wird beschlossen, dass am Realschulzweig der geplanten Verbundschule Legden Rosendahl keine Schüler aus den Städten Ahaus, Billerbeck und Coesfeld aufgenommen werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine erneute Beteiligung der benachbarten Schulträger gemäß § 80 Schulgesetz durchzuführen.
4. Nach der Informationsveranstaltung am 18. November 2008 ist gezielt eine Befragung der Eltern der 3. und 4. Klassen aller Rosendahler Grundschulen zu den beiden Modellen von den Gemeinden Legden und Rosendahl durchzuführen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	24 Ja-Stimmen
	1 Nein-Stimme
	1 Enthaltung

Im Anschluss wurde eine kurze Pause bis 21.15 Uhr eingelegt.

Mit Rücksicht auf den zur Sitzung eingeladenen Gast, Herrn Lang vom Büro WoltersPartner, Coesfeld, wurde der neue Tagesordnungspunkt 4 ö.S. an dieser Stelle vorgezogen.

- 3 Beauftragung eines Architekten zur Planung der Räumlichkeiten für eine Übermittagsbetreuung am Standort Osterwick der geplanten Verbundschule Legden Rosendahl sowie Zustimmung von außerplanmäßigen Aufwendungen**

**und Auszahlungen gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW
Vorlage: VII/735**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage und erläuterte, dass im vorliegenden Fall die Vorplanungen durch ein externes Büro übernommen werden müssten, da die Verwaltung hierzu aus technischen und zeitlichen Gründen nicht in der Lage sei. Bei einem ortsansässigen Architekten sei bereits eine Kostenvoranfrage eingeholt worden, wonach Aufwendungen in Höhe von rd. 2.600 € zu erwarten seien.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass die vorgesehene Baumaßnahme nicht zum Tragen käme, wenn die 10. Realschulklassen am Standort Legden realisiert werden sollte. Sollte aber die geplante Verbundschule Legden Rosendahl überhaupt nicht umgesetzt werden, würden überhaupt keine Umbaumaßnahmen mehr notwendig sein. Eine Entscheidung bräuchte dann auch erst im Jahr 2014 getroffen werden. Aus diesen Gründen würde seine Fraktion den Beschluss nicht mittragen.

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass die Gemeinde auf die 100.000 € Landesmittel aus dem „1.000-Schulen-Programm“ nicht verzichten könne. Auch ohne Realisierung der Verbundschule müssten Baumaßnahmen an der Hauptschule durchgeführt werden. Dies könne nicht auf das Jahr 2014 verschoben werden, da ein neuer Erlass der Landesregierung die Vorhaltung eines Mittagessenangebotes für alle jene Schulen, die nachmittags Unterricht erteilten und aus diesem Grund auch eine einstündige Mittagspause einhalten müssten, vorschreibe. Dort, wo bislang keine Möglichkeiten zur Einrichtung der hierfür notwendigen Räumlichkeiten vorhanden seien, müsse die Gemeinde tätig werden. Zu diesem Zweck gäbe es speziell das 1.000-Schulen-Programm. Obwohl er sicher davon ausgehe, dass es zur Errichtung der Verbundschule komme, müsse auch im gegenteiligen Fall im Rahmen der Übermittagbetreuung investiert werden.

Fraktionsvorsitzender Mensing stimmte den Ausführungen von Herrn Branse zu. Da man zurzeit noch nicht wisse, wie sich die Situation im Jahr 2014/15 darstelle, könne man zum jetzigen Zeitpunkt auch keine Entscheidung über einen Neubau treffen. Aus diesem Grund habe er sich auch in der Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses dagegen ausgesprochen.

Bürgermeister Niehues wandte ein, dass man eine mögliche finanzielle Förderung nicht ausschlagen dürfe. Er wiederholte, dass der zuvor genannte Erlass einen Umbau auf jeden Fall notwendig mache. Ohne einen entsprechenden Förderantrag gäbe es überhaupt keine finanziellen Fördermittel. Die Höhe der zu beantragenden Mittel sei zunächst angesetzt, um eine höchstmögliche Fördersumme erhalten zu können, es könnten aber auch geringere Ausgaben getätigt werden. Er erinnerte daran, dass eine vernünftige Übermittagbetreuung für die Attraktivität einer Schule von besonderer Bedeutung sei. Die Akzeptanz der Schule könne auf diesem Wege - ähnlich wie bei einer guten Schulbeförderung - enorm gesteigert werden. Jeder in die Schule investierte Euro sichere und stärke den Schulstandort.

Ratsmitglied Fedder stellte fest, dass es zunächst nur um die Frage der Beauftragung eines Architekten ginge. Alles Weitere könne nach Durchführung der Elternbefragung beraten und entschieden werden.

Ratsmitglied Haßler stimmte diesen Ausführungen zu. Was und in welchem Umfang zu unternehmen sei, könne nach der Entscheidung über die geplante Verbundschule beraten werden.

Ratsmitglied Fedder fragte nach, warum eine Aufwendung in Höhe von rd. 2.000 € überhaupt im Rat beraten und nicht vom Bürgermeister entschieden werde.

Das Verfahren zur 35. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes „Gartenstiege“ im Ortsteil Holtwick wird gemäß § 13 BauGB entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VII/723 beigefügten Entwurf durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 7 **Aufstellung des Bebauungsplanes "Sökelandweg", Ortsteil Darfeld, im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)**
hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3
Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Satzungsbeschluss gemäß §
10 BauGB
Vorlage: VII/731

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage und die nachgereichte korrekte Anlage zur Sitzungsvorlage.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Den Beschlussvorschlägen entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VII/731 beigefügten Empfehlungen wird zugestimmt.

Der Bebauungsplan "Sökelandweg" im Ortsteil Darfeld, wird gemäß §§ 1 Abs. 8 und 2 Abs. 1 in Verbindung mit den §§ 10, 13 und 13a des Baugesetzbuches (BauGB) in der zzt. gültigen Fassung und den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der zzt. gültigen Fassung, in der gegenüber der Offenlage des Planentwurfes und der Begründung im Verfahren gem. § 3 i.V. m. § 13a BauGB redaktionell geänderten Fassung als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 8 **7. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Hiddings Esch", Ortsteil Osterwick**
hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3
Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Satzungsbeschluss
gemäß § 10 BauGB
Vorlage: VII/728

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die 7. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Hiddings Esch", Ortsteil Osterwick, wird gemäß §§ 1 Abs. 8 und 2 Abs. 1 in Verbindung mit den §§ 10 und 13 des Baugesetzbuches (BauGB) in der zzt. gültigen Fassung und den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW), in der zzt. gültigen Fassung, entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VII/728 beigefügten Entwurf als

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 11 Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 83 Abs. 2 GO NRW**
Vorlage: VII/740

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage.

Anschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

Den für die Aufstellung der Bauleitpläne einschließlich der damit einhergehenden Gutachten für die Erweiterung des Gewerbegebietes in Osterwick bei dem Produkt 53 – Räumliche Planung und Entwicklung – entstehenden überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von rd. 25.000 € wird zugestimmt. Zur Deckung werden Mehrerträge bzw. Mehreinzahlungen aus der Feinabstimmung Fonds Deutscher Einheit (Nachzahlung 2006 und 2007) beim Produkt 33 / 16.001 – Allgemeine Finanzwirtschaft – herangezogen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 12 Antrag auf Anlegung eines Radweges an der L 580 in der Bauerschaft "Rockel"**
Vorlage: VII/729

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage.

Ratsmitglied Henken erkundigte sich, ob dem Planungs-, Bau- und Umweltausschuss noch detaillierte Pläne vorgelegt würden.

Bürgermeister Niehues bestätigte dieses. Erste Gespräche mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW hätten bereits stattgefunden. Sobald eine konkrete Planung vorläge, werde diese im Ausschuss vorgestellt.

Anschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Anlieger auf Anlegung eines Radweges an der L 580 in der Bauerschaft "Rockel" wird für die Haushaltsberatung 2009 an den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 13 Mitteilungen**

- 13.1 Neuer Sitzungskalender**

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass aufgrund der Änderung zweier Sitzungstermine ein neuer Sitzungskalender erstellt worden sei. Wie bereits in der Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses am 29.10.2008 angekündigt, müsse am 17. Dezember 2008 eine zusätzliche Schul- und Bildungsausschusssitzung aufgenommen werden. Die für den 19.11.2008 vorgesehene Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses müsse wegen der längeren Erkrankung von Herrn Isfort auf den 22. Januar 2009 verlegt werden.

13.2 Einladung zu den Gedenkveranstaltungen anlässlich des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht

Bürgermeister Niehues erinnerte an die Einladung zu den Gedenkfeiern zum 70. Jahrestag der Reichspogromnacht am 9. November 2008 in Osterwick und Darfeld.

13.3 Antrag der Anlieger der Midlicher Straße in Osterwick auf Erneuerung der Radwegdecke

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass seitens der Anlieger der Midlicher Straße in Osterwick ein an ihn gerichteter Antrag auf Erneuerung der Radwegfahrbahndecke eingegangen sei. Er habe diesen Antrag nicht in die Tagesordnung aufgenommen, da es sinnvoller sei, diesen im Rahmen der Haushaltsberatungen 2009 zu behandeln. Der Antrag werde jedoch der Niederschrift beigelegt. (**Anlage II**).

13.4 Kostenaufstellung für den Bürger-Radweg an der K 37 in Darfeld

Allgemeiner Vertreter Gottheil gab in Beantwortung einer Anfrage von Ratsmitglied Riermann in der Ratssitzung vom 06.11.2008 einen Überblick über die im Rahmen der Baumaßnahme zur Erstellung eines Radweges entlang der K 37 in Osterwick entstandenen Kosten. Mittlerweile läge die Schlussrechnung vor. Es seien zwar Mehrkosten entstanden, diese hätten aber durch die gewährte Landeszuwendung für Reitwege wieder aufgefangen worden, sodass der Ansatz von 11.000 € hätte eingehalten werden können. Eine entsprechende Aufstellung ist der Niederschrift als **Anlage III** beigelegt.

14 Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 GeschO

14.1 Aufstellung über den Bestand und die Verwendung der Nachzahlung aus der Feinabstimmung Fonds Deutsche Einheit - Herr Fedder

Ratsmitglied Fedder erkundigte sich, ob dem Rat eine Aufstellung an die Hand gegeben werden könne, der man den Umfang der Mehrerträge aus der Feinabstimmung Fonds Deutscher Einheit (Nachzahlungen 2006 und 2007) und die hieraus getätigten Ausgaben entnehmen könne.

Bürgermeister Niehues sagte dieses zu.

14.2 Nachfrage zu einem Leserbrief von Herrn Branse in der Allgemeinen Zeitung Coesfeld zur Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen den ehemaligen Bürgermeister Meyering - Herr Weber

Herr Branse erklärte, dass eine Klage gegen den ehemaligen Bürgermeister Meyering nicht notwendig geworden wäre, wenn jedes damalige Ratsmitglied seine Aufgabe erfüllt hätte, die fehlenden Jahresrechnungen anzumahnen. Weder Rat noch Werksausschuss hätten ihre Kontrollfunktion wahrgenommen. Mit dem ehemaligen Bürgermeister sei nun ein Sündenbock gefunden worden.

Die Ratsmitglieder Haßler und Reints verwarfen sich ausdrücklich gegen diesen Vorwurf.

14.3 Zusendung der Abrechnungsunterlagen zu Sitzungsgeldern - Herr Henken

Ratsmitglied Henken regte an, die von der Verwaltung regelmäßig erstellten Übersichten über die zu zahlenden Sitzungsgelder der Ratsmitglieder nicht mehr per Post zuzustellen, sondern anlässlich von Sitzungen auszuhändigen, um Portokosten zu sparen.

Bürgermeister Niehues nahm diese Anregung auf und sagte zu, diese zukünftig mit den Sitzungsunterlagen zu versenden.

14.4 Bedeutung des Geschwindigkeitsmessgerätes auf der Kirchstraße in Holtwick - Herr Fedder

Ratsmitglied Fedder erkundigte sich nach der Bedeutung der in Holtwick an der Kirchstraße aufgestellten Geschwindigkeitsmessaanlage. Diese zeige keine Geschwindigkeit an.

Bürgermeister Niehues vermutete, dass es sich nicht um eine verdeckte Messung, sondern um das Versagen der Batterien handele. Er sagte eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Hinweis:

Die mobile Geschwindigkeitsmessanlage war aufgrund von Anliegerbeschwerden über zu schnell fahrende Fahrzeuge aufgestellt worden. Die Anzeige funktioniert nur für eine begrenzte Dauer. Der Bauhof hat das Gerät wegen dringender anderer Arbeiten erst zu einem späteren Zeitpunkt abgebaut.

14.5 Möglichkeit des Vorziehens der Einwohnerfragestunde auf der Tagesordnung - Herr Riermann

Ratsmitglied Riermann regte an, die Einwohnerfragestunde an den Anfang der Tagesordnung zu setzen, um den Bürgerinnen und Bürgern lange Wartezeiten während der Beratung der anderen Tagesordnungspunkte zu ersparen.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass diese Überlegung nicht neu sei, aber auch den Nachteil hätte, dass die interessierten Bürgerinnen und Bürger in diesem Fall dann keine Gelegenheit mehr hätten, Nachfragen bezüglich der auf der Tagesordnung befindlichen Themen zu stellen.

14.6 Aufstellen der neuen Ortseingangsschilder in Osterwick - Frau Everding

Ratsmitglied Everding erkundigte sich, wann mit dem Aufstellen der neuen Ortseingangsschilder in Osterwick und Darfeld zu rechnen sei.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass der Bauhof bislang wegen anderer dringender Arbeiten noch keine Zeit zum Aufstellen gefunden habe, die Schilder aber baldmöglichst aufgestellt werden sollen.

15 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO

15.1 Sachstand zur Verkehrsberuhigungsmaßnahme in Holtwick - Frau Westhoff

Frau Westhoff erkundigte sich nach dem Sachstand bezüglich der Verkehrsberuhigungsmaßnahme an der Kirchstraße in Holtwick.

Fachbereichsleiter Wellner erklärte, dass zurzeit ein Gesamtkonzept für alle drei Rosendahler Ortsteile erstellt werde.

15.2 Kanalsanierungsarbeiten in Holtwick - Herr Strahl

Herr Strahl fragte nach, welche Kanalarbeiten in Holtwick im Bereich der Citadelle durchgeführt würden. Seines Wissens seien die Kanalsanierungsarbeiten abgeschlossen.

Fachbereichsleiter Wellner erklärte, dass Mängel bei der Ausführung festgestellt worden seien, die nun behoben würden.

Niehues
Bürgermeister

Dorothea Roters
Schriftführerin